

BEZIRKSRATSFRAKTION

An den
Bezirksbürgermeister
im Stadtbezirk Linden-Limmer
Grube
über das Amt
Rathaus
3000 Hannover 1

den ~~14.5.1988~~
11.4.2018

Anfrage gem. § 14 der Geschäftsordnung des Rates in die nächste
Sitzung des Bezirksrates Linden-Limmer zum Thema:

LÄRMSCHUTZ AM WESTSCHNELLWEG

Die Ausführungen des Straßenbauamtes in der Bezirksratssitzung am 18.4.88 zum Thema Lärmschutz am Westschnellweg waren für uns unbefriedigend. Ein passiver Schallschutz des Wohnens allein, also nur der Einbau von Lärmschutzfenstern, erscheint uns als unzureichend.

Wir fragen die Verwaltung:

1. Welche Bereiche und welche Nutzungen sind heute durch den Verkehrslärm des Westschnellweges zwischen Schwanenburgkreisel und Deisterplatz belastet und eventuell eingeschränkt ?
2. Wie verändert eine beidseitige Lärmschutzwand die Schallausbreitung entlang des Westschnellweges ? Der Vorher-/Nachher-Vergleich soll erkennen lassen, für welche Bereiche eine nachhaltige Lärmsanierung erreicht werden kann.
3. Welche Initiativen hat bzw. wird die Verwaltung unternehmen, um eine Lärmsanierung am Westschnellweg zu erreichen ?



Fraktionsvorsitzender

Hintergrund:

Vor 30 Jahren, am 14.5.1988, wurde die Anfrage wortgleich vom Bezirksratsherrn Barkhoff im Bezirksrat Linden-Limmer gestellt. Jahrzehntelang haben sich Kommunal-, Landes- und Bundespolitiker für Lärmschutz am Westschnellweg eingesetzt. Pläne und Gutachten wurden für 250.000 DM erstellt und eine Zusage des Bundesverkehrsministers erteilt, diese dann widerrufen. Der 2010 von der Stadt Hannover herausgegebene Lärmaktionsplan verweist darauf, dass „für Teile des Westschnellwegs in Linden von der NLStBV Planungsaufträge zur Durchführung von Lärmsanierungsmaßnahmen erteilt wurden, die in den kommenden Jahren schrittweise abgearbeitet werden.“ Siehe auch Anlage 1

Lautlos wollte Bonn Lärmschutz am Schnellweg aus dem Haushalt kippen

W09/ 9.3.93

LINDEN. Wenn Dieter Musielak nicht für die Mieter seiner 300 Wohnungen am Westschnellweg am Ball geblieben wäre, wer weiß, dann hätten es die Lindener erst nach den Wahlen erfahren: Im lautlosen Handstreich kippte die Bundesregierung die Mittel für Lärmschutz am Schnellweg vom Schwanenburgkreisel bis zum Deisterplatz. Betroffen: mitten in der Stadt eine Fläche von 135 000 Quadratmetern, zwei- bis dreitausend Lindener, die links und rechts der Straße wohnen, und viele öffentliche Einrichtungen von der Fössefeldschule übers Jugendzentrum bis zum Freizeithelm.

Rein zufällig, weil er im Februar mal nach dem Stand der Dinge fragen wollte, erfuhr der Geschäftsführer der Ostland-Wohnungsgenossenschaft vom jüngsten Sparbeschluss im Haus des Bundesverkehrsministers. Für die Lindener Bundestagsabgeordnete Edgard Bulmahn (SPD) ist das ein glatter Wortbruch des Ministers: „Wir haben die Zusage schriftlich.“

Nachdem der Bezirksrat auf kommunaler Ebene Ende der 80er Jahre für den nötigen Druck gesorgt hatte, setzten

sich Bulmahn sowie Ludolf von Wartenberg (CDU, damals zweiter Bundestagsabgeordneter aus dem Wahlkreis) in Bonn für den Lärmschutz ein – mit Erfolg: 1988 wies das Ministerium die Straßenbauverwaltung an, alles Notwendige zu veranlassen. Und das passierte auch: 1990 gab das Straßenbauamt Hannover für 248 000 Mark eine schalltechnische Untersuchung des Westschnellweg von der Stöckener Straße bis Deisterplatz in Auftrag. Ergebnis: eine Schutzwand (2,5 Meter hoch) vom Schwanenburgkreisel bis zum Deisterplatz würde den Lärm um 10 dBA mindern. Was nichts anderes bedeutet, als daß es für die Anwohner nur noch halb so laut wäre und damit erträglich. Oder mit Musielaks Worten: „Mit Lärmschutzwand können unsere Mieter auch mal wieder ihre Fenster öffnen oder sich auf den Balkon setzen.“

Doch geht's nach Bonn, bleibt es, wie es ist: Ein Lärmpegel von mehr als 70 dBA tagsüber (zulässig sind nach den Richtlinien 62 dBA) und mehr als 60 dBA nachts (zulässig 52 dBA) bringen die Anwohner 24 Stunden am Tag um ihre Ruhe und Nerven – verursacht von 46 000 Pkws

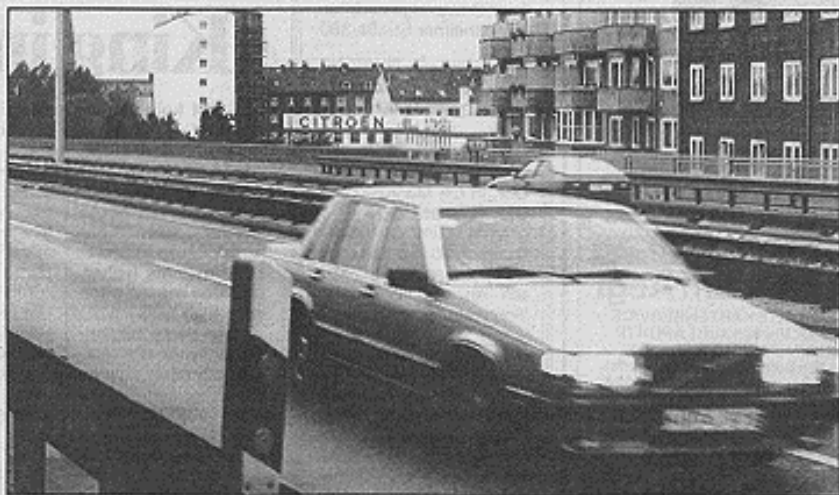
und Lkws täglich (Zählung von 1985, heute dürften es weit mehr als 50 000 täglich sein).

Diese Zahlen müßten selbst in einer Kleinstadt wie Bonn für Verständnis sorgen, aber: „Wir haben das Problem, daß nur beim Neubau von Straßen Lärmschutz zwingend vorgeschrieben wird, wenn die Richtwerte überschritten werden“, erklärt Bulmahn. Gleiches trifft ebenso für die Anwohner der Güterumgehungsbahn zu, wo alle zwei Minuten ein schwerer Zug über die Schienen donnert: „Die Leute wissen ja, wo sie hinziehen“, werde auch hier bei Forderungen nach Lärmschutz den Betroffenen vom Ministerium entgegengehalten, so Bulmahn.

Für die SPD-Politikerin ist diese Argumentation ein Un-

ding, das sich nicht um die betroffenen Menschen schert.

Weil es diese Probleme nicht nur in Hannover gibt, will Bulmahn jetzt in ihrer Fraktion ein neues Lärmschutzgesetz ausarbeiten und in den Bundestag einbringen: „Der Bund darf nicht aus seiner Verantwortung entlassen werden, wir brauchen auch eine Regelung für Lärm-Altlasten.“ det



50 000 Pkws und Lkws „beschallen“ Tag für Tag die Anwohner des Westschnellwegs.